

Liebe Leserinnen und Leser,

ein unerwartet turbulentes Jahr neigt sich dem Ende zu, die Corona-Pandemie hat alle Lebensbereiche überschattet. Auch die EU-Kohäsionspolitik und die Planungen für die nächste Förderperiode wurden erheblich beeinflusst. Zwar hatte die Europäische Kommission bereits im Jahr 2018 ihren Vorschlag zum Kohäsionspaket vorgelegt, diesen aber als Reaktion auf die Corona-Krise nochmals wesentlich überarbeitet. Zudem hatten die fehlende Einigung der EU-Mitgliedsstaaten auf den künftigen EU-Haushalt von 2021–2027 sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu deutlichen Verzögerungen bei den Verhandlungen geführt. Nun sieht es aber erfreulicherweise so aus, als ob die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Trilog-Verhandlungen zum neuen Kohäsionspaket doch noch weitgehend abschließen kann. Gleichwohl wird das gesamte Legislativpaket zu den Strukturfonds voraussichtlich erst im Juni 2021 in Kraft treten.



© pixabay

Für die EFRE-Verwaltungsbehörde wird das nächste Jahr dann ganz im Zeichen der partnerschaftlichen Ausarbeitung des EFRE-OP und parallel dazu der Änderung des aktuellen Programms im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Budget zur Krisenbewältigung mit hoffentlich zeitnaher Genehmigung durch die Europäische Kommission stehen.

Vor dem Start in dieses arbeitsreiche Jahr 2021 wünschen wir Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und von Herzen: Bleiben Sie gesund!

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Sollten Sie keine weiteren Newsletter erhalten wollen, bitten wir um eine kurze Nachricht an efre@ariadneanderspree.de. Viel lieber wäre es uns allerdings, wenn Sie uns Ihre Verbesserungsvorschläge oder auch Themenvorschläge mitteilen würden.

Dieser Newsletter informiert Sie über folgende Themen:

1. Neues aus der EFRE-Landschaft
2. Erfolgreich, weil ...
3. Was steht an?

1

Neues aus der EFRE-Landschaft

Einigung über Dachverordnung im Rahmen der Strukturfonds

Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich am 1. Dezember 2020 auf die Dachverordnung für Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, darunter auch die Kohäsionspolitischen Fonds der EU, geeinigt. Dies ist nach der React-VO das zweite Dossier zur Kohäsionspolitik, bei dem die dreiseitigen Verhandlungen abgeschlossen wurden. Allerdings muss der endgültige Wortlaut noch vom Europäischen Parlament und dem Rat genehmigt werden. Derzeit geht man davon aus, dass das gesamte Kohäsionspaket im Juni 2021 in Kraft treten kann.

EFRE-Mittel für Berlin 2021-2027

Auf Grundlage des vom Europäischen Rat im Juli 2020 beschlossenen Finanzrahmens entfallen (in laufenden Preisen) auf Deutschland Kohäsionsmittel in Höhe von 17,3 Mrd. € (für die Übergangsregionen 9,4 Mrd. € und für die stärker entwickelten Regionen 7,9 Mrd. €). Wie bereits in vergangenen Newslettern berichtet, hatte die WiMiKo schon vor gut einem Jahr einen Beschluss über die innerstaatliche Verteilung der EFRE-Mittel in der Gebietskategorie der stärker entwickelten Regionen gefasst. Danach wird Berlin 14,22 % der EFRE-Mittel für die stärker entwickelten Regionen Deutschlands erhalten. Das bisherige Niveau wird damit annähernd fortgeschrieben. Bei der Förderintensität, also den EFRE-Mitteln pro Kopf der Gesamtbevölkerung, liegt Berlin nach der Region Leipzig mit deutlichem Abstand zu den anderen Ländern an der Spitze. Auf Grundlage der nunmehr von der Europäischen Kommission eurogenau an die Mitgliedstaaten übermittelten Budgetaufteilung auf die Gebietskategorien sowie der beschlossenen Quotierung zwischen EFRE (62,5%) und ESF (37,5%) erwarten wir für Berlin ein EFRE-Budget von 710 Mio. € für 2021-2027 (aktuell 635 Mio. €) in laufenden Preisen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es wegen der dortigen erheblichen Verluste voraussichtlich noch zu einer moderaten Mittelum-schichtung zugunsten des Europäischen Sozialfonds (ESF) kommen wird.

Schwerpunkte in der nächsten EFRE-OP des Landes Berlin

Damit die nächste Förderperiode so früh wie möglich starten kann, müssen die operationellen Programme des Landes Berlin für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) ungeachtet noch bestehender Ungewissheiten so weit wie möglich ausgearbeitet werden. Unter Einbeziehung der Wirtschafts-, Sozial- und Wissenschaftspartner hat die für die Programmplanung zuständige EFRE-Verwaltungsbehörde (SenWiEnBe, IV C) in enger Abstimmung mit den relevanten Fachreferaten aller Senatsverwaltungen die Schwerpunkte der künftigen EFRE-Förderung ermittelt. Die Auswahl der Ziele erfolgte auf Basis der wichtigsten Herausforderungen, wie Investitionsbedarfe, Marktversagen, Komplementarität mit anderen Unterstützungsarten

und der in den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland ermittelten Bedarfe.

Nach dem derzeitigen Stand der Bewertungen sollte ein zukünftiges Operationelles EFRE-Programm des Landes Berlin nachfolgende Ziele adressieren:

Politisches Ziel 1 „Ein intelligenteres Europa durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandels“ durch die spezifischen Ziele Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten und Einführung fortschrittlicher Technologien sowie die Steigerung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit von KMU.

Politisches Ziel 2 „Ein grüneres, CO₂-armes Europa“ durch die spezifischen Ziele einer Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, der Entwicklung intelligenter Energiesysteme auf lokaler Ebene, der Anpassung an den Klimawandel sowie der Verringerung der Umweltverschmutzung und der Förderung der städtischen Mobilität.

Das Politische Ziel 5 schließlich soll ein „bürgernaheres Europa“ durch die Förderung einer integrierten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung in städtischen Gebieten unterstützen.

85 % der Mittel müssen in die PZ 1 und PZ 2 fließen. Rat und Parlament haben sich darauf verständigt, dass mindestens 50 % in das PZ 1 („intelligentes Europa“) und 30 % in das PZ 2 („grüneres Europa“) fließen müssen.

Arbeiten am ersten Entwurf des Operationellen Programms

Für jedes ausgewählte spezifische Ziel müssen im Operationellen Programm (u. a.) die Maßnahmentearten (Instrumente), der erwartete Beitrag zum Ziel sowie das Indikatorenset bestimmt werden. Die EFRE-VB hatte daher alle Senatsverwaltungen aufgefordert, Vorschläge für aus dem künftigen EFRE-OP zu fördernde Förderinstrumente (Richtlinien) zu unterbreiten. Bei der EFRE-VB wurden durch die Ressorts 22 Förderinstrumente angemeldet. Die EFRE-VB hat alle eingegangenen Vorschläge geprüft. Nach Einschätzung der EFRE-VB ist die Aufnahme aller Instrumentente und Bedarfe in das künftige Berliner EFRE-OP grundsätzlich möglich. Die EFRE-VB erstellt derzeit auf der Basis der im Entwurf vorliegenden Verordnungen und der Ergebnisse des Europäischen Rates sowie der aus den Instrumentenanmeldungen gewonnenen Informationen einen ersten Entwurf für das künftige EFRE-OP. In dieser ersten Fassung liegt der Fokus auf dem strategischen Teil, der Begründung für die Auswahl der künftigen Schwerpunkte (Politische und Spezifische Ziele), der Beschreibung der Maßnahmentearten, der zu adressierenden Zielgruppen und der auszuwählenden Indikatoren. Für das I. Quartal 2021 ist nach einer Konsultation der Wirtschafts- und Sozialpartner ein Senatsbeschluss zum OP-Entwurf geplant. Dieser wird neben der Festlegung der Förderschwerpunkte auch die in das OP aufzunehmenden Instrumente (Förderlinien) inklusive der Mittelvolumina beinhalten. Mit dem Senatsbeschluss als Verhandlungsmandat sollen nach der Verabschiedung der Verordnungen voraussichtlich im Juni 2020 dann die offiziellen Verhandlungen zum Berliner EFRE-OP beginnen und so zügig wie möglich abgeschlossen werden.

Einigung über Aufbauhilfe React-EU

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich über die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (React-EU) geeinigt, die Rechtstexte müssen nun noch vom Parlament und vom Rat abschließend gebilligt werden. Mit einem zweckgebundenen Betrag von 47,5 Mrd. € (50,5 Mrd. € zu jeweiligen Preisen) werden mit React-EU die Maßnahmen zur Krisenbewältigung und zur Linderung der Krisenfolgen im Rahmen der beiden Investitionspakete zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII und CRII+) weitergeführt.

Mittel aus React-EU für Berlin

Die Initiative React-EU stellt den Mitgliedstaaten außerordentliche zusätzliche Mittel aus den Strukturfonds im Rahmen der laufenden Programme zur Verfügung, um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Deutschland wird 2,4 Mrd. € aus React-EU erhalten, wovon der Bund Mittel in Höhe von 15 % beansprucht (ESF-Bundesprogramm). Über die Verteilung der verbleibenden Mittel in Höhe von 2,04 Mrd. € haben sich die Länder auf ein vom Bund vorgeschlagenes indikatorengestütztes Modell verständigt. Danach erhält Berlin rund 120 Mio. € aus den EU-React-Mitteln (EFRE und ESF).

Die EFRE/ESF-Verwaltungsbehörden haben eine Abfrage bei allen Senatsverwaltungen durchgeführt und sind derzeit dabei, die angemeldeten Instrumente und Bedarfe sowie die Aufteilung zwischen den beiden Fonds EFRE und ESF zu prüfen. Voraussetzung für die Nutzung der Mittel sind Änderungsverfahren der Berliner Operationellen Programme der laufenden Förderperiode 2014-2020, welche nach Verabschiedung der React EU-Verordnung durch den Rat und das Europäische Parlament (voraussichtlich im Januar 2021) so zeitnah wie möglich auf den Weg gebracht werden müssen. Nach der Einbeziehung des gemeinsamen Berliner Begleitausschusses für den EFRE/ESF und der Mandatierung durch den Senat müssen die Programmänderungen anschließend bei der Europäischen Kommission eingereicht und von dieser genehmigt werden. Mit der Genehmigung der Programmänderung ist frühestens im zweiten Quartal 2021 zu rechnen.

Da die auf die Regionen entfallenden eurogenauen Beträge durch die KOM wegen der im Hinblick auf das Jahr 2022 erst noch zu ermittelnden Daten zur Krisenbetroffenheit der einzelnen Mitgliedsstaaten zunächst nur für 2021 zugewiesen werden, ist im Laufe des kommenden Jahres eine weitere Programmänderung zur Anpassung der Finanzdaten für 2022 durchzuführen. Die Herausforderung für die verantwortlichen Verwaltungsbehörden bei Sen WiEnBe besteht darin, dass die Planungsprozesse – React-EU und neue Strukturfondsperiode 2021-2027 sowie die Überlappung der beiden Förderperioden aufgrund der n+3 Regelung – parallel erfolgen und gut aufeinander abgestimmt sein müssen, um die vollständigen Mittelabflüsse aller Programme bzw. Programmteile zu gewährleisten.

Just Transition Fund

Aus dem neu aufgelegten „Just Transition Fund“ (JTF) werden in der nächsten Förderperiode rund 2 Mrd. € nach Deutschland fließen, um Regionen zu unterstützen, die aufgrund der Energiewende von erheblichen Strukturwandelprozessen betroffen sind. Die innerdeutsche Mittelverteilung ist noch nicht geklärt. Wegen der vorrangigen Ausrichtung auf die Kohleregionen wird Berlin allenfalls in geringem Maße profitieren. Berlin hat bereits gegenüber dem Bund erklärt, dass es am JTF partizipieren will und in Abstimmung mit SenUVK eine entsprechende Gebietskulisse eingereicht. Allerdings ist derzeit

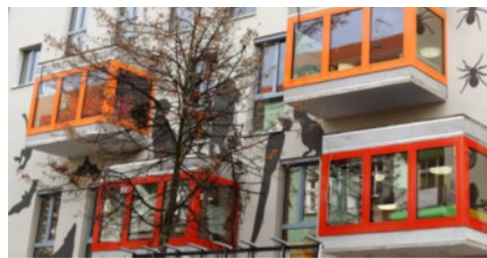
nicht klar, ob die Länder überhaupt Mittel bekommen, da der Bund beabsichtigt, sein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ mit JTF zu refinanzieren. Hiergegen haben sich die Länder bereits mit verschiedenen Beschlüssen (EMK, CdSK, MPK) sowie einem Schreiben der Ministerpräsident(in)nen an die Bundeskanzlerin gewandt.

Umfrage des AdR zum Partnerschaftsprinzip

Das Prinzip der Partnerschaft ist ein zentrales Merkmal bei der Programmierung und Umsetzung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, das die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner sicherstellt. Die Verordnung über gemeinsame Bestimmungen enthält zusammen mit dem Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften (ECCP) die gemeinsamen Standards für die Beteiligung der Partner an ESIF-Partnerschaftsabkommen sowie für die Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Bewertung von Programmen. Um dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) die erforderlichen Nachweise für die Bewertung der Anwendung der Grundsätze der Partnerschaft und der Steuerung bei der Ausarbeitung der Partnerschaftsabkommen und -programme für den Zeitraum 2021-2027 zu liefern, gab der AdR eine Studie zu diesem Thema in Auftrag. Der Auftragnehmer für diese Studie hat eine Umfrage gestartet, die sich an Vertreter lokaler und regionaler Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartner sowie an Vertreter der Zivilgesellschaft richtet, die direkt oder indirekt an der Ausarbeitung von Partnerschaftsabkommen und Programmen für die Region Europa 2021-2027 beteiligt sind (EFRE, ESF+, Kohäsionsfonds und Landwirtschaftsfonds). Die [Teilnahme an der Umfrage](#) ist bis zum 21. Dezember 2020 möglich.



Erfolgreich, weil ...



Das Familien- und Gemeindezentrum im Weitlingkiez
©Ariadne an der spree GmbH

Besonders bei Familien ist der Weitlingkiez in Lichtenberg beliebt. Mit 39 Prozent ist der Anteil der Alleinerziehenden im Kiez doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Eine familienfreundliche Infrastruktur mit wohnortnaher Kinderbetreuung ist daher für die Eltern von großer

Bedeutung, um Berufsleben und Familie zu meistern. Dem hohen Bedarf an Unterstützung begegnet die Berliner Stadtmission mit dem Bau eines neuen Familien- und Gemeindezentrums mit Kindertagesstätte. Das kleine Gemeindehaus in der Archenholdstraße, in dem der selbstständige Verein der evangelischen Kirchengemeinde bereits seit 90 Jahren sitzt, wird nun zu einem fünfstöckigen Neubau, der Raum für alle Generationen bietet.

Das Projekt wird vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt. Mit Mitteln der EFRE-geförderten Zukunftsinitiative

Stadtteil II - Bildung im Quartier kann der Neubau für die Gemeinde in Lichtenberg realisiert werden.



Die Kinder dürfen sich auf dem Spielplatz austoben
©Ariadne an der spree GmbH

Als Anlaufstelle für alle, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden, blickt die Berliner Stadtmission auf eine über 140-jährige Geschichte zurück. Neben der Obdachlosenhilfe bietet die Stadtmission auch Unterstützung für Geflüchtete, Menschen mit Behinderung und Familien an. Im Bildungsbereich steht dabei die Prävention im Vordergrund, damit vor allem junge Familien von Anfang an durch individuelle Beratung gestärkt werden und dadurch gar nicht erst in Schieflagen geraten.

Vom Keller bis zum Dachgeschoss bietet das ganzheitliche Konzept des Familienzentrums Angebote für alle Generationen im Kiez. So soll ein Jugendraum im Untergeschoss für die Lernförderung und Arbeit mit Grundschülerinnen und Grundschulern sowie Teenagern genutzt werden. Im Erdgeschoss bietet ein offenes Café viele Möglichkeiten für Begegnungen, Austausch und Vernetzung. Zudem entstehen Beratungsräume für die Familien- und Lebensberatung. Bis zu 72 Kinder, im Alter von 11 Monaten bis zum Übergang in die Grundschule, werden im ersten und zweiten Stock des Neubaus in der Kindertagesstätte betreut. Im dritten Stock findet sich der Bewegungsraum für die Kita – ein Indoor-Spielplatz mit 55 m² Fläche, der auch samstags pädagogisch betreut wird. Außerdem werden kleine Wohnungen für junge Leute geschaffen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der Stadtmission absolvieren.

Ein großer Saal im vierten Stock wird von der Gemeinde für Veranstaltungen genutzt. Im Dachgeschoss befindet sich neben dem Büro der Familienzentrumsleitung auch eine Community-Küche, in der Kochkurse sowie ein Mittagstisch für Seniorinnen und Senioren angeboten werden. Zudem wird es dort Seminar- und Kursräume sowie Räume für PEKiP®-Gruppen geben. Das Prager Eltern Kind-Programm (PEKiP®) ist ein Angebot für junge Eltern mit Säuglingen, um ihre Beziehungsfähigkeit zu stärken. Der Garten des Grundstücks bietet außerdem zusätzliche 440 m² Spielfläche für die Kinder. Die Gemeinde sowie die künftige Leitung und Nutzerinnen und Nutzer des Zentrums wurden schon während des Bauprozesses einbezogen, um passende Angebote für die Bedürfnisse aller einzelnen Gruppen zu entwickeln.

Weitere Informationen zu diesem erfolgreichen geförderten Projekt erhalten Sie [hier](#).

3

Was steht an?

My House of European History

Was bedeutet es, Europäerin bzw. Europäer zu sein? Machen Sie Fotos, Videos oder Audiodateien und veröffentlichen Sie Ihre Beiträge auf „[My House of European History](#)“ und seien Sie Teil eines einzigartigen Gemeinschaftsprojekts.



© Pixabay

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr. Und das Wichtigste: Bleiben Sie gesund!

Kontakt

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | Helga Abendroth

Telefon: (030) 9013-8161

E-Mail: Helga.Aabendroth@senweb.berlin.de

Redaktion | ariadne an der spree GmbH

Telefon: (030) 259 259 28

E-Mail: efre@ariadneanderspree.de

